

# INFORMATIONEN AUS LAND UND KREIS

## ROT-GRÜNE FLÜCHTLINGSPOLITIK BELASTET KOMMUNEN

Angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen erwarten die Menschen in Nordrhein-Westfalen endlich politische Führung und ein handfestes Konzept von der rot-grünen Landesregierung.



Foto: © Mathias Stolt—Fotolia

Statt Vorwürfen und Forderungen an den Bund und die Europäische Union sollte sich Rot-Grün lieber darum kümmern, die eigenen Hausaufgaben zu erledigen. An den von Frau Kraft mitgetragenen Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz, wonach künftig klar zwischen Asylbewerbern ohne und Flüchtlingen mit Bleibeperspektive unterschieden werden muss, fühlen sich SPD und Grüne im Landtag offensichtlich nicht gebunden.

Statt die Städte und Gemeinden durch eine Politik mit klarer Systematik zu unterstützen, verpflichtet das Land sie per Amtshilfe, Landesaufgaben zu übernehmen und Personal zur Verfügung zu stellen. Das gefährdet die Fähigkeit der Kommunen zur Integration der anerkannten Flüchtlinge. Die rot-grüne Flüchtlingspolitik ist nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems.

In zwei Anträgen fordert die CDU-Fraktion unter anderem eine deutliche Differenzierung zwischen Asylbewerbern ohne und Flüchtlingen mit Bleibeperspektive bei der Erstaufnahme, die Ausweitung des Prinzips der sicheren Herkunftsstaaten, die Einrichtung eines Krisenstabes auf Landesebene und nicht zuletzt eine spürbare Entlastung der Kommunen.

Diese Vorschläge könnte das Land Nordrhein-Westfalen – völlig unabhängig vom Geschehen

### Themen dieser Ausgabe:

500 Millionen Euro zusätzliche Soforthilfe	2
Eltern nicht im Regen stehen lassen	2
Stauproblematik L26 / A44	2
Keine Verbesserung der Kommunal Finanzen in Sicht	3
Kommunal-Soli 2016	3
Schutz und Hilfe für Beamte	4
Kein Fracking in den Niederlanden	4
Spiel, Satz und Sieg	4
Berger zur Situation der Studierendenwerke	5
Reform des Landesbetriebs Straßen.NRW	5
Optendrenk besucht den Oedter Heimatverein	5
Drastische Kürzung der Beamtenvorsorge	6
Radwege nicht auf Kosten von Landesstraßen	6

auf Bundes- und Europaebene – sofort angehen. Das wäre dringend notwendig, um die Willkommenskultur in unserem Land zu erhalten und den Kommunen vor Ort konkret zu helfen.

## 500 MILLIONEN EURO ZUSÄTZLICHE SOFORTHILFE

Der Bund stellt weitere 500 Millionen Euro zur Versorgung der immer größeren Zahl an Flüchtlingen bereit. Insgesamt fließt somit in diesem Jahr eine Milliarde Euro für die Unterbringung, medizinische Versorgung und Ernährung der Flüchtlinge an Länder und Kommunen. Ab kommendem Jahr will sich der Bund dauerhaft an den Kosten beteiligen.

Die zusätzlichen Finanzhilfen des Bundes sind eine große Hilfe für unsere Kommunen bei der Bewältigung der steigenden Herausforderungen durch die Flüchtlinge. Konkret erhalten die Gemeinden im Kreis

Viersen folgende zusätzliche finanzielle Entlastung:

Brüggen:	105.779 €
Grefrath:	92.181 €
Kempen, Stadt:	214.969 €
Nettetal, Stadt:	258.334 €
Niederkrüchten:	104.987 €
Schwalmtal:	120.524 €
Tönisvorst, Stadt:	176.849 €
Viersen, Stadt:	446.718 €

## ELTERN NICHT IM REGEN STEHEN LASSEN



Foto: DAK/Wigger

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Betreuungsgeld ist bedauerlich. Über 100.000 Eltern haben im ersten Quartal dieses Jahres in Nordrhein-Westfalen das Betreuungsgeld in Anspruch genommen. Diese Eltern

dürfen nun nicht im Regen stehen gelassen werden.

Außerdem rechnen viele junge Familien schon seit Monaten mit dieser Unterstützung. Ministerin Schäfer muss erklären, wie sie diese Familien weiterhin unterstützen möchte. Es darf nicht sein, dass Nordrhein-Westfalen bei U3-Betreuungsplätzen Schlusslicht in ganz Deutschland ist und auch noch diejenigen Eltern im Stich lässt, die ihre Kinder selbst betreuen.

## STAUPROBLEMPUNKT L26 / A44

Die Querung der L 26 mit der BAB 44 Durchfahrt dient der Verkehrszuführung aus Kempen, Tönisvorst und Anrath in Richtung Düsseldorf-Mönchengladbach und Köln. Durch dieses Nadelöhr kommt es täglich aus Richtung Kempen-Tönisvorst-Anrath-Auffahrt A 44 Bönninghausen/Münchheide bis zu 4 km langen Staus, die seit Jahren die Geduld der Verkehrsteilnehmer stark strapazieren.

Bei zahlreichen der 850 Unternehmen in den Gewerbegebieten Münchheide I – IV und Gewerbepark Stahlwerk Becker in Willich steigt mehr und mehr der Unmut, da in den langen Stauungen für Unterneh-

mer und Belegschaften wertvolle Zeiteresourcen verloren gehen.

Bürgermeister Heyes hat kritisiert, dass das Land die bisherigen Planungen zur Lösung dieses Problems nicht einhalten kann.

Marcus Optendrenk und Stefan Berger fordern Landesverkehrsminister Groschek auf, zügig die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen bzw. in einem ersten Schritt die Verlängerung der Auffahrtteile in Richtung Mönchengladbach und in Richtung Düsseldorf zu prüfen.



## KEINE VERBESSERUNG DER KOMMUNALFINANZEN IN SICHT

Der jährliche Kommunalfinanzausgleich im Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2016 kann noch so hohe Rekordzuweisungen an die Kommunen auszahlen: Wenn die Landesregierung den Kommunen weiterhin Aufgaben aufbürdet, ohne für die ausreichende finanzielle Auskömmlichkeit zu sorgen, wird die finanzielle Situation der Kommunen weiter dramatisch bleiben.

Die Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen haben bundesweit die meisten Aufgaben zu leisten, was sich auch im höchsten Kommunalisierungsgrad von 54 Prozent niederschlägt. Das Land hingegen stellt den Kommunen dafür keine ausreichenden Finanzmittel zur Verfügung. Exemplarisch zeigt sich das bei den Kosten der Inklusion und insbesondere bei den Flüchtlingskosten.

Anstatt aber eine auskömmliche Kommunalfinanzierung sicherzustellen, werden dem kommunalen Finanzausgleich auch

noch Finanzmittel entzogen. Die Städte und Gemeinden werden nicht an den Landeseinnahmen der erhöhten Grunderwerbsteuer beteiligt. Diese 70 Millionen Euro fehlen den Kommunen zusätzlich und entlasten lediglich das Land bei der Finanzierung des Stärkungspaktes.

### Schlechte Finanzlage der Kommunen

In Nordrhein-Westfalen hat sich die Haushaltssituation der Kommunen unter allen Flächenländer am schlechtesten entwickelt. Die Städte und Gemeinden hatten im vergangenen Jahr den höchsten Rückgang des Finanzierungssaldos zu verzeichnen (minus 84 Euro je Einwohner), was sich allein im vergangenen Jahr zu einem dramatischen Minus von 1,5 Milliarden Euro summierte und eine Steigerung der Kassenkreditentwicklung auf mittlerweile mehr als 25 Milliarden Euro in Nordrhein-Westfalen verursachte.

## KOMMUNAL-SOLI 2016

Nach den Plänen von Innenminister Ralf Jäger sollen Kommunen mit überdurchschnittlichen Einnahmen auch in 2016 Geld an finanzschwächere Kommunen zahlen. Nach neuesten Berechnungen müssen Kempen und Willich rund 114.600 Euro bzw. rund 690.200 Euro an Solidaritätsumlage zahlen. Empfänger des Kommunal-Solis



sind 27 Kommunen, vor allem große Städte wie Gelsenkirchen, Herne und Bottrop.

Diese Plünderung der Gemeindehaushalte lehnt die CDU ab. Denn der Kommunal-Soli ist willkürlich und wirkungslos. Die kommunale Handlungsfähigkeit lässt sich

nicht durch eine Solidarumlage bei den angeblich reichen Kommunen verbessern. Die Finanzlage von Kempen und Willich lässt es nicht zu, für eine ausreichende Finanzierung anderer Kommunen aufzukommen. Es werden kommunale Einnahmen entzogen, die unseren Städten nach dem Gesetz zustehen.

Von den angeblich „reichen“ Kommunen in NRW befinden sich 20 der 81 Kommunen selbst in der Haushaltssicherung, eine Kommune befindet sich gar im Nothaushalt und lediglich 6 Kommunen haben einen tatsächlich ausgeglichenen Haushalt. Der Kommunal-Soli führt in den Zahlergemeinden letztlich zu weiteren Einsparungen oder massiven Steuererhöhungen und Belastungen von Bürgern und Unternehmen.

## SCHUTZ UND HILFE FÜR BEAMTE

Beamte werden immer öfter zur Zielscheibe von Gewalt. Das betrifft nicht nur den Polizei- und Strafvollzugsdienst, sondern inzwischen auch Mitarbeiter von Jobcentern oder anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung. Aus solchen Angriffen resultieren für die Betroffenen zwar in aller Regel Schmerzensgeldansprüche, die mangels Liquidität des Schädigers jedoch häufig nicht durchsetzbar sind.



Foto: © jonasginter - Fotolia

Die verletzten Beamten werden von ihrem Dienstherrn in einer Situation alleine gelassen, die ihren Ursprung einzig und allein in ihrer dienstlichen Pflichterfüllung hat. Ein von der CDU-Fraktion eingebrachter Gesetzentwurf sieht vor, dass entsprechende Schmerzensgeldansprüche künftig vom Land NRW erfüllt werden, wenn bei den Schädigern nichts zu holen ist. In Bayern und Schleswig-Holstein ist eine entsprechende Erfüllungsübernahme für Schmerzensgeldansprüche schon heute geltendes Recht. Die rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen lässt dagegen die Beamtenschaft im Regen stehen.

### Gewalt gegen Polizisten

Im vergangenen Jahr wurden in NRW mehr als 6.000 Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsbeamte registriert. Das ist ein Zuwachs von fast 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Gewalt gegen Polizeibeamte ist hierzulande damit rund dreimal so stark gestiegen wie im Bundesdurchschnitt. Die rot-grüne Landesregierung sieht dieser Entwicklung tatenlos zu.

In einem Antrag der CDU-Fraktion wird die Landesregierung aufgefordert, sich für einen verbesserten strafrechtlichen Schutz von Polizeibeamten, Feuerwehrleuten und Rettungskräften einzusetzen. Mit der Einführung eines neuen Straftatbestandes „Tätlicher Angriff auf Polizeibeamte“ könnten entsprechende Attacken künftig mit einer Mindestfreiheitsstrafe von sechs Monaten sanktioniert werden.

## SPIEL, SATZ UND SIEG

Das Tennisturnier am 8. August 2015 der CDU in Kooperation mit dem Tennisclub TC Forstwald e.V. war ein großer Erfolg.

Das Leitmotiv „Politik + Sport = Gute Tat!“ stand über dem Turnier, an dem 32 Tennisspieler/-innen vom Lindenthaler TC 1974 e.V., dem Tennisclub Grün-Weiß St.Tönis 1926 e.V. und dem TC Forstwald e.V. teilnahmen. Für das leibliche Wohl sorgten die Clubmitglieder des TC Forstwald e.V. Organisiert wurde das Turnier von Hans-Georg Lünger, Reinhard Bismanns sowie Reinhard Maly.

Mit der Geldspende wird die Arbeit der katholischen Kindertagesstätte Maria Waldrast im Forstwald unterstützt.



Von links: Dr. Peter Buysch, Reinhard Maly, Dr. Marcus Op-tendrenk, Reinhard Bismanns, Hans-Georg Lünger

## KEIN FRACKING IN NL

Die niederländische Regierung hat dem CDU-Kreisverband Viersen auf das Schreiben vom Sommer 2014 geantwortet und mitgeteilt, dass zumindest in den nächsten fünf Jahren keine Förderung von Schiefergas im Wege des Fracking in den niederländischen Grenzregionen erfolgen wird. Das wäre mit Blick auf den jetzt gerade 50 Jahre alt werdenden Naturpark Schwalm-Nette auch eine ganz erhebliche Gefahr gewesen.

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass ein solcher Verzicht durch die Niederlande auch dauerhaft erfolgt.

## BERGER ZUR SITUATION DER STUDIERENDENWERKE

Organisatorisch und finanziell agieren die Studierendenwerke an der Belastungsgrenze. Dass das Wissenschaftsministerium in einer solchen Phase die vormaligen „Studentenwerke“ mit einer millionenteuren Namensumstellung in ihrer Arbeit beeinträchtigt, ist nicht zu verstehen.

So muss das Studierendenwerk Aachen nach eigener Aussage 300.000 Euro für die Umbenennung aufbringen, an der Uni Bonn sind es 200.000 Euro und in Dortmund rund 180.000 Euro. Rot-Grün erlässt nicht nur ein inhaltlich und handwerklich schlechtes Gesetz, das Kosten in Millionenhöhe verursacht, sondern lässt die Hochschulen und Studierendenwerke in der Umsetzung auch noch alleine.

Gleichzeitig rutscht Nordrhein-Westfalen beim Ausbau der Wohnheimplätze immer

weiter ab. Lag Nordrhein-Westfalen 2012 bei der Unterbringungsquote noch mit rund 11 Prozent bundesweit auf dem siebten Platz, sank die Quote 2014 auf rund 9 Prozent und Platz zehnte. Das Bauprogramm zur Wohnraumförderung von Frau Schulze wird laut den Studierendenwerken zudem dazu führen, dass sich die Einrichtungen verschulden müssen.



Während die CDU ein klares Konzept zur Verteilung der vom Bund übernommenen BAföG-Gelder vorgelegt hat, hat die Landesregierung die Mittel absprachewidrig im Haushalt versickern lassen. Rot-Grün gefährdet damit den Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.

## REFORM DES LANDESBETRIEBS STRAßEN.NRW

Der Landesbetrieb Straßen.NRW bedarf seit Jahren einer verschlankenden Strukturreform. Mit der Reform, die Minister Groschek dem Landtag jetzt vorgelegt hat, wird der Apparat dagegen aufgebläht. Neben den heute bereits bestehenden Ebenen der Geschäftsführung des Landesbetriebs in Gel-



senkirchen und den 10 Niederlassungen an 17 Standorten wird mit der Ebene der Regionalleitungen eine zusätzliche Ebene eingeführt.

Wie der Minister durch mehr Personal und mehr Bürokratie Effizienzsteigerungen sowie eine Verschlinkung der internen Verwaltungsprozesse erzielen möchte, bleibt das Geheimnis dieser Landesregierung.

Wie der Minister durch mehr Personal und mehr Bürokratie Effizienzsteigerungen sowie eine Verschlinkung der internen Verwaltungsprozesse erzielen möchte, bleibt das Geheimnis dieser Landesregierung.

## OPTENDRENK BESUCHT DEN OEDTER HEIMATVEREIN

Anfang September besuchte Marcus Optendrenk die Burg Uda: „Die Burg ist ein Wahrzeichen weit über Oedt und die Gemeinde Grefrath hinaus. Deshalb ist es wichtig, dass der Heimatverein Oedt die Burg nicht nur renoviert und zugänglich macht, sondern auch viele Menschen hier zu Gast hat“.

Heimatvereinsvorsitzender Karl Willmen und sein Vorgänger Heinz Panzer erläuterten nicht nur die bis ins Mittelalter zurückreichende Geschichte der Burganlage, sondern präsentierten auch die Pläne für

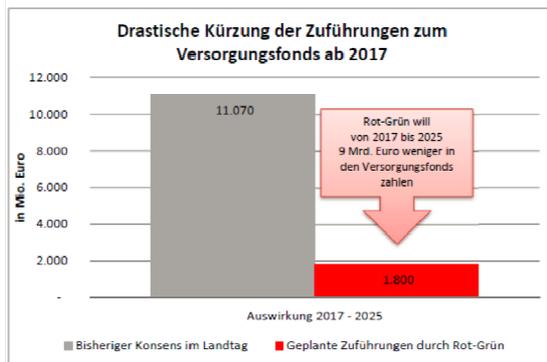
die Weiterentwicklung des Geländes, um Burg Uda noch attraktiver für Besucher zu machen. Die Burg ist sonntags zwischen 11 und 17 Uhr und nach Vereinbarung geöffnet.



Von links: Dr. Marcus Optendrenk, Karl Willmen und Heinz Panzer

## OPTENDRENK: DRASTISCHE KÜRZUNG DER BEAMTENVORSORGE

Finanzminister Walter-Borjans hat angekündigt, die beiden Instrumente zur Vorsorge für die Beamtenpensionen zu einem „Pensionsfonds“ zusammenzulegen und die Zuführungen auf 200 Millionen Euro zu begrenzen; bislang war geplant, dass die Vorsorge um jährlich rund 100 Millionen Euro auf über 1,6 Milliarden Euro in 2025 ansteigt. Allein von 2017 bis 2025 bedeutet dies, dass der Finanzminister 9 Milliarden



den Euro weniger in den Vorsorge investiert.

Damit kündigt der Minister den Konsens aller Landtagsfraktionen auf, für jeden neu eingestellten Beamten eine 70-prozentige Vorsorge für zukünftige Versorgungsausgaben anzusparen. Seine gesamte Finanzplanung bis 2019 beruht darauf, den letzten Rest einer präventiven Finanzpolitik aufzugeben.

Der Höchststand an Versorgungsempfängern und Versorgungsausgaben wird nach den bisherigen Berechnungen 2027 erreicht werden. Trotzdem entscheidet der Finanzminister, die Zuführungen schon ab 2018 drastisch zurückzuführen. Sich auf Kosten zukünftiger Generationen den Haushalt schön zu rechnen, ist unverantwortlich, unsozial und zeigt einmal mehr das wahre Gesicht der Regierung Kraft.

## RADWEGE NICHT AUF KOSTEN DER LANDESSTRABEN

Die Grünen haben angekündigt, den Landesstraßenneubau halbieren und stattdessen Radwege bauen zu wollen. Selbstverständlich ist auch die CDU-Landtagsfraktion für den Ausbau der Radwege in Nordrhein-Westfalen; in den Jahren 2005 bis 2010 wurden von der damaligen CDU-geführten Landesregierung entlang von Kommunal-, Landes- und Bundesstraßen 790 Kilometer neue Radwege für rund 185 Millionen Euro gebaut.

Die Forderungen der Grünen, 16 Millionen Euro jährlich vom Landesstraßenneubau für Radwege abzuzweigen, sind absurd. Anstatt endlich Umschichtungen im Haushalt zu Gunsten von Investitionen vorzunehmen, wird weiter beim Landesstraßenneubau gekürzt.



Dr. Marcus Optendrenk MdL  
 CDU-Kreisverband Viersen  
 Goetersstraße 54  
 41747 Viersen  
 Telefon 02162 - 29011  
 Telefax 02162 - 18989  
 marcus.optendrenk@landtag.nrw.de  
 www.marcus-optendrenk.de

Dr. Stefan Berger MdL  
 CDU-Kreisverband Viersen  
 Goetersstraße 54  
 41747 Viersen  
 Telefon 02162 - 29011  
 Telefax 02162 - 18989  
 stefan.berger@landtag.nrw.de  
 www.stefan-berger.de